

Sozialismus.de

Heft 10-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Hilde Wagner/Gerhard Wick:
Perspektive 4-Tage-Woche

Gerd Siebecke: Anmerkungen
zum 6. ver.di-Bundeskongress

Beiträge u.a. von
Detlev Umbach, Wolfgang Müller,
Christoph Lieber, Holger Czitrich-
Stahl, Rainer Holze, Joachim
Bischoff, Bernhard Müller,
Klaus Bullan, Bernhard Sander



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Söder manövriert die CSU weiter nach rechts

Am 8. Oktober wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. 9,4 Mio. Bürger*innen des Freistaats können darüber abstimmen, ob sich die politischen Gewichte innerhalb der Koalition aus CSU und den Freien Wähler*innen trotz oder eher wegen der »Affäre Aiwanger« in dem südlichen Bundesland verschieben. [...]

Globaler Klimastreik

Vor dem Hintergrund der Waldbrände am Mittelmeer und in Kanada, der Überschwemmungen in Griechenland, Slowenien und China sowie anderer »Wetterkapriolen« hatte »Fridays for Future« (FFF) für den 15. September zum »globalen Klimastreik« aufgerufen. Anders als in den Jahren vorher, wurde in Deutschland für eine Zeit nach Schulschluss aufgerufen. [...]

EZB erhöht Leitzinsen und vertieft die Konjunkturflaute

Angesichts der noch immer sehr hohen Teuerung hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine weitere Leitzinserhöhung beschlossen. Sie hebt den Leitzins um weitere 0,25 Prozentpunkte auf 4,5% an. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Zeitenwenden in der Berliner Republik

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Brandmauer gegen rechts eingerissen CDU und FDP paktieren mit der AfD	2
Redaktion Sozialismus.de: Zwischen Vertrauensverlust und Abgang auf die Demokratie. Zwischenbilanz der »Koalition der Vernunft«	9

Rechtsentwicklungen auch in Europa und den USA

Klaus Bullan: Italiens Rechtsregierung im Krieg gegen Migrant*innen	15
Bernhard Sander: Personalrochaden oder eine neue linke Geschichte? Zum Vorwahlkampf in den Niederlanden	18
Detlef Umbach: Warum wird Amerika mit Trump nicht fertig?	23

Sozialismus chinesischer Prägung

Wolfgang Müller: Chinas Entwicklungsmodell in der Krise Arbeitslose Hochschulabsolventen und immer größerer informeller Sektor	28
Christoph Lieber: Mit einem lernfähigen Leninismus zum Sozialismus? Zu Michael Bries hellblauem Bändchen über Chinas Sozialismus-Experiment ...	34

Forum Gewerkschaften

Hilde Wagner/Gerhard Wick: 4-Tage-Woche – eine neue Etappe im Kampf um Arbeitszeit?	43
Gerd Siebecke: »Morgen braucht uns« Anmerkungen zum 6. ver.di-Bundeskongress	49

Der Real-Sozialismus in der DDR

Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze: »Ulbricht hätte den Deng geben können, sein Stalin im Kopf war zu stark«. Betrachtungen zum Buch von Siegfried Prokop »Die Ulbricht-Ära (1950–1970)«	52
--	----

Sozialismus.de: Debatte

Klaus Lang: Universale Werte in einer multipolaren Weltordnung Zu Beiträgen der Redaktion zum Ukraine-Krieg in Heft 7/8-2023 und im Supplement zu Heft 9-2023	56
Ralf Krämer: Die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs betonen Zu Christoph Lieber in Heft 7/8-2023	59

Erinnerungen

Klaus Bullan: Giorgio Napolitano – Kommunist, Reformier, Staatspräsident	61
Walter Krippendorf/Gregor Holst/Volker Raenke: Trauer um Ursula »Uschi« Richter (30.4.1952–30.8.2023)	63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	60
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Letzter Abend (Filmkritik)	65

Zwischen Vertrauensverlust und Abgesang auf die Demokratie

Zwischenbilanz der »Koalition der Vernunft«

von Redaktion Sozialismus.de

Die Hälfte ihrer Amtszeit hat die »Ampel«-Regierung hinter sich. Die politische Bilanz ist ernüchternd: Die »Koalition der Vernunft« hat etliche Reformen (Mindestlohn, Rentenanpassung, Bürgergeld, Einwanderungsgesetz, Maßnahmen gegen Klimawandel u.v.m.) auf den Weg gebracht. Die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Energiekrise haben diese Reformprozesse gewiss nicht begünstigt. Angesichts dieser Leistung ist das Urteil des Großteils der Bevölkerung überraschend: Fast drei Viertel der Deutschen sind unzufrieden mit der Arbeit der Politiker*innen aus SPD, Grünen und FDP. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov vertreten 73% diese Position. Laut einer weiteren Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach¹ zeigt sich nur jeweils etwa ein Viertel der

Menschen in Deutschland mit der Arbeit von SPD (25%), Grünen (23%) und FDP (22%) »sehr oder eher« zufrieden. Mehr als sechs von zehn Befragten sind dagegen »eher oder sehr« unzufrieden mit der Leistung der Regierungsparteien.

Die Gründe für die erschreckend schlechte Bewertung der Reformpolitik sieht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) darin, dass der Großteil der Bevölkerung den Übergang in eine neue Zeit der Geopolitik nicht wahrnimmt. Die Globalisierung seit den 1990er-Jahren hat ihre Verheißungen

¹ Renate Köcher, Das Vertrauen ist dahin. Halbzeitbilanz: Nur wenige trauen der Ampel noch zu, das Land voranzubringen, in: FAZ 21. September 2023.



Foto: picture alliance/dpa

nur teilweise eingelöst. Millionen Menschen auf der Welt sind aus der Armut herausgeholt worden und in den Ländern des demokratischen Kapitalismus sind Lebensqualität und Wohlstand weiterentwickelt worden. Das Versprechen, allein mit harter Arbeit könne jede und jeder seine Existenz gestalten, ist obsolet geworden und hat ein Hoch des Rechtspopulismus ausgelöst, »wie wir ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen haben«.²

Die unaufschiebbare Transformation in eine neue dekarbonisierte und digitale Betriebsweise erfordert auch Veränderungen in den individuellen Arbeits- und Lebensverhältnissen, die häufig Widerstand und Protest auslösen. Zudem wird die Halbzeitbilanz über die Reformschritte überlagert von »öffentlich inszeniertem Koalitionsstreit und vielen offenen Baustellen«. Im Kontrast zu einem vergleichsweise hohen Umsetzungsgrad werde die Ampel von vielen als »Streitkoalition« wahrgenommen. Diese Melange hat einen tiefsitzenden Vertrauensverlust bei den politischen Akteur*innen der Reformen von Gesellschaft und Natur ausgelöst.³

Diese verbreitete »Entfremdung« zwischen Wahlvolk und Regierung nutzt nicht etwa den konservativen Unionsparteien oder der Linkspartei, sondern wir sehen auch in der Berliner Republik einen deutlichen Aufwind für die völkisch-nationalistische AfD. Neben den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo im Herbst kommenden Jahres gewählt wird, ist Mecklenburg-Vorpommern das vierte Bundesland, in dem die AfD in Wahlumfragen aus den vergangenen Wochen mit 32% ganz vorne liegt.

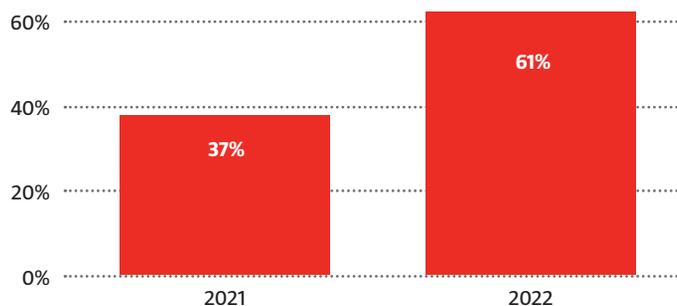
Überraschend ist diese Entwicklung nicht. Schon im letzten Jahr hat der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, auf den dramatischen Rückgang der Zufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen und der Politik bei einem Großteil der Bevölkerung Ostdeutschlands aufmerksam gemacht. Als problematisch wird im Deutschland-Monitor⁴ die zunehmende Politikverdrossenheit gewertet.

Diese Unzufriedenheit mit der Politik ist dabei, in Demokratieverdrossenheit umzuschlagen. Dies belegt der Thüringen-Monitor,⁵ eine Langzeituntersuchung über die politischen Einstellungen der Thüringer*innen (siehe hierzu auch Abb. 1). Während 2020 und 2021 die Bürger*innen dort mit der Demokratie überdurchschnittlich zufrieden waren, gingen die Werte schon im Vorjahr 2022 stark zurück. So stimmten fast zwei Drittel der Befragten (64%) der Aussage zu, dass die »Herrschenden und Mächtigen gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung« handeln. 81% glaubten, dass sich die Politiker immer dann einig sind, »wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen«.⁶ Nur noch 40% der Befragten haben weiter Vertrauen in die Arbeit der Landespolitik. In die Bundespolitik sank das Vertrauen im vergangenen Herbst gleich um 15 Prozentpunkte auf 22% – dies war der niedrigste Vertrauenswert seit 16 Jahren.

Das Gefühl, von der Bundes- und Landespolitik »abgehängt« zu sein, war schon seit Ende 2022 weit verbreitet. Grund war laut Studie dabei weniger die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung, sondern vor allem der Eindruck, als Ostdeutsche/r benachteiligt zu sein, sowie die Angst, »auf die Verliererseite des Lebens zu geraten«. Vor allem in den ländlichen Regionen gab es demnach einen deutlichen Vertrauensverlust. Eine Minderheit der befragten Thüringer*innen (18%) stimmte dem Kern-

Abb. 1: Widerstand gegen aktuelle Politik

Anteil der Befragten, die der Aussage »Es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten« im Herbst 2022 zustimmten



Quelle: Thüringen-Monitor 2022

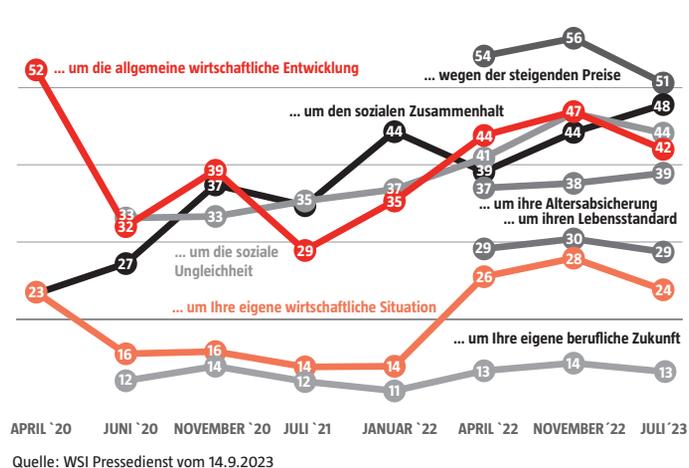
postulat der Rechten zu, demzufolge »die herrschenden Eliten das Ziel verfolgen, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen«. Und 41% dachten, dass »Ausländer nur kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen«.⁷ Die hier aufscheinende Demokratie-Unzufriedenheit beunruhigt die etablierte Politik, aber letztlich blieb es bei dem folgenlosen Statement: Alle Politiker*innen seien aufgefordert, die Demokratie zu stärken.

Die Daten der Langzeitstudie »Thüringen-Monitor 2022« wurden in einer Krisenkonstellation im Herbst 2022 erhoben, als in der Hochzeit der durch den Ukrainekrieg forcierten Energiepreiskrise die höchste Inflation seit mehr als 70 Jahren die öffentliche Diskussion prägte. Im Juli 2023 wurde bei einer Befragung zur Lebenssituation von Erwerbspersonen⁸ ein vergleichbares Stimmungs- und Meinungsbild sichtbar.

Besonders gering ist in dieser Befragung das Vertrauen in die Bundesregierung unter Erwerbspersonen mit niedrigem Einkommen im Osten Deutschlands. Von ihnen hatten im Juli 70% wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung – im Westen lag der Wert bei 61%. Generell zeigen sich deutliche Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen Befragten in Ost- und Westdeutschland: Ob in Gerichte, Polizei, Bundeswehr, öffentlich-rechtliche Medien, Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände – der Anteil der Befragten in Ostdeutschland, der großes oder sehr großes Vertrauen in diese Institutionen äußert, ist kleiner als in Westdeutschland. Besonders deutlich wird dieser Vertrauensunterschied auch bezogen auf die Bundesregierung: Während im Juli in Westdeutschland 14% der Bundesregierung hohes oder sehr hohes Vertrauen entgegenbrachten, waren es in Ostdeutschland nur 8%. Lediglich der »Partei, die ich wähle«, bringen Befragte im Osten ähnlich großes oder sehr großes Vertrauen entgegen wie Befragte im Westen (43% vs. 42%)

»Wir sehen eine Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Sorgen und Belastungen auf hohem Niveau. Diese sind bislang nicht auf das Niveau von vor der Ukraine-Krise zurückgegangen. Der Anstieg in Folge des Krieges war also nicht nur eine kurzfristige Reaktion, sondern spiegelt eine reale und dauerhafte Belastung – vor allem in den unteren und teilweise mittleren Einkommensgruppen – wider«, so bewertet Prof. Bettina Kohlrausch diese Befunde über die wirtschaftliche Entwick-

Abb. 2: Anteil der Erwerbsbevölkerung mit großen Sorgen ...



lung, die soziale Ungleichheit, den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Entwicklung des Lebensstandards (siehe Abb. 2).

Auch die Studie des Allensbach-Instituts zur Bewertung der Halbzeitbilanz konstatiert einen enormen Vertrauensverlust in die Regierung und die gesellschaftlichen Institutionen.⁹ Während die Ampel-Koalition darauf verweist, dass viele Vorhaben, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, bereits umgesetzt worden sind, sieht ein Großteil der Bevölkerung wenig Fortschritte. »Noch am ehesten nimmt sie diese in der Verteidigungspolitik wahr, gefolgt vom Klimaschutz, der Sicherung der Energieversorgung und der Unterstützung sozial Schwacher. 39% attestieren der Regierung Fortschritte bei der Stärkung der Bundeswehr, 33% beim Klimaschutz, jeweils 31% bei der Sicherung der Energieversorgung und bei den Maßnahmen für sozial Schwächere.« Die bisher beschlossenen Maßnahmen »werden keineswegs überwiegend kritisch bewertet. Ein Teil der Beschlüsse findet breite Zustimmung. Das gilt insbesondere für die Erhöhung des Mindestlohns, die Gas- und Strompreismbremse, das 49-Euro-Ticket, die Erhöhung des Kindergeldes und die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Zustimmungsraten zwischen 64 und über 90 Prozent verzeichnen.«¹⁰

Überwiegend kritisch bewertet die Bevölkerung dagegen das Verbot von Öl- und Gasheizungen für Neubauten, den Ausstieg aus der Kernenergie, die Legalisierung von Cannabis und die raschere Einbürgerung von Zuwanderern. Sehr deutlich ist der Vertrauensverlust bei der Sicht auf die konjunkturelle Entwicklung und die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Ein Großteil der Bevölkerung hat den Eindruck, dass diese Regierung direkt in ihr Leben eingreift.

Die derzeitige Konjunkturschwäche beunruhigt die Bevölkerung, auch wenn sich diese Schwäche noch nicht auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewegen sich angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels auf historisch niedrigem Niveau. Lediglich 7% der Erwerbstätigen machen sich Sorgen, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist; zwischen 2000 und 2005 lag dieser Anteil zeitweise bei 38%. Trotzdem wachsen die Sorgen über die Entwicklung des eigenen Wohlstands und besonders in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Anteil

der Bevölkerung, der persönlich einen wirtschaftlichen Abstieg befürchtet, hat sich seit 2020 von 18 auf 29% erhöht.

»Geradezu erdrutschartig ist das Vertrauen in Deutschland als Wirtschaftsstandort eingebrochen. Zwischen 2009 und 2022 zeigten sich stets mehr als drei Viertel überzeugt, dass Deutschland für Unternehmen attraktiv ist.«¹¹ Aktuell sind nur noch 41% davon überzeugt und damit sogar signifikant weniger als 2005. Als Nachteile des Standorts sieht die Bevölkerung vor allem zu viel Bürokratie, die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Energiekosten, den Mangel an Arbeitskräften, den Rückstand bei der Digitalisierung und Mängel im Bildungssystem. Die Politik der Regierung ist nach dem Eindruck der Mehrheit bisher nicht dazu angetan, den Standort zu stärken, im Gegenteil: 55% haben den Eindruck, dass die Politik den Standort schwächt, nur 10% sehen eine Stärkung.

Die Daten deuten also auf einen umfassenden, erdrutschartigen Vertrauensverlust gegenüber der Ampel-Regierung hin. Diese veränderte Bewertung der politischen Gestaltungspraxis tangiert die Basics des gesellschaftlichen Lebens: Erwartung des weiteren Verlaufs der Reproduktion, soziale Ungleichheit und Zusammenhalt der Gesellschaft. Auch in diesem Kontext fällt auf, dass die nicht an der Gestaltung beteiligten Kräfte und Parteien diesen Vertrauensverlust nicht zur Stärkung ihrer Alternativen nutzen können.

Unterminierung des »gesellschaftlichen Systems«

Der Vertrauensverlust hat gleichsam die gesellschaftlichen Fundamente unterminiert. Nur 25% der Bevölkerung sind aktuell davon überzeugt, dass eine andere Regierung die Herausforderungen besser bewältigen würde. Für die Bevölkerung verschlimmert dieser Eindruck allerdings eine Situation, die sie in hohem Maße als unbefriedigend und risikobehaftet empfindet.¹²

Dieser erdrutschartige Umbruch im politischen Wertesystem kommt nicht überraschend. Die Entwicklung war schon im Thüringen-Monitor angelegt. Im Sommer 2023 konstatierten die Forscher des Rheingold-Instituts eine weitverbreitete tiefe Re-

² So seine Bewertung auf der Tagung des Transatlantic Forum on GeoEconomics 22. September in Berlin. Siehe dazu den Beitrag von Joachim Bischoff und Bernhard Müller über die AfD in diesem Heft.

³ So auch das Ergebnis einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung: Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß. »Mehr Koalition wagen – Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrags 2021«. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2023.

⁴ Info Markt- und Meinungsforschung GmbH, Repräsentativerhebung »Deutschland-Monitor 2022«. Bericht für den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, September 2022.

⁵ Prof. Dr. Marion Reiser, Dr. Anne Küppers, Volker Brandy, Dr. Jörg Hebenstreit und Dr. Lars Vogel, Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022, März 2023.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ WSI Pressedienst 14.9.2023, Fast die Hälfte der Erwerbspersonen macht sich große Sorgen um sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

⁹ Renate Köcher (Institut für Demoskopie Allensbach), Das Vertrauen ist dahin, FAZ 21.9.2023.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

signation gegenüber der Politik und unseren Zukunftsmöglichkeiten, die das nationale Zusammenleben bedroht.¹³

Die zentrale These dieser empirischen Studie zielt in die gleiche Richtung wie die anderen aktuellen Bestandsaufnahmen zur Ampel-Regierung. »Zwischen persönlicher Zuversicht der Deutschen und dem Vertrauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herrscht eine große Diskrepanz. Drei Viertel der 18- bis 65-Jährigen (73%) haben das Gefühl, »dass unsere Politiker keine Ahnung haben von dem, was sie tun«, 86% sind der Meinung, dass die Politik übergreifende Lösungen für all die bestehenden Herausforderungen (wie Klimakrise, Inflation, gesellschaftliche Ungleichheit) entwickeln muss, weil diese Krisen nicht individuell von den Bürgerinnen und Bürgern bewältigt werden können. Doch weil die Politik in ihren Augen dabei versagt, vertrauen nur 34% der Regierung. Das ist zwar – noch – kein völliger Abgesang auf die Demokratie, denn 83% stimmen zu: »Auch in diesen Zeiten politischer Herausforderungen bin ich überzeugt, dass unsere Demokratie nach wie vor die beste Lösung ist.« Doch die Kluft zwischen der wahrgenommenen Leistungsfähigkeit amtierender Politiker und dem, was die Bevölkerung als politisch notwendig erachtet, ist immens.«¹⁴

Die Berliner Republik muss – wie die meisten Staaten des westlichen demokratischen Kapitalismus – mit den Handlungsrestriktionen einer Zangen- oder Polykrise fertig werden. Im Anschluss an sich verschärfende ökologische Katastrophen und die Corona-Krise hat sich 2022 mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine Systemkonfrontation entwickelt. In Deutschland, der EU und den westlichen Staaten herrschte wegen des Lieferboykotts von russischen fossilen Brennstoffen und umfassenden Sanktionen eine inflationäre Preisdynamik. Das schlug sich in weiteren Krisen nieder: bei der Energie, den Wohnungen, bei Flucht- und Migration und letztlich in einer deutlichen Schwächeperiode der Wirtschaft.

Grundsätzlich zeige sich – so das Rheingold-Institut – bei vielen Deutschen eine diffuse Endzeitstimmung und ein Grundgefühl der Bedrohung. Die Krisenhaftigkeit und Ohnmachtsgefühle versuchten die Menschen aus ihrem Alltag zu verdrängen. Fast sechs von zehn Bundesbürger*innen (59%) fühlen sich angesichts der aktuellen Probleme überfordert. Als Reaktion ziehen sich immer mehr in ihr Privatleben zurück und misstrauen der Politik. Zwar sehen 86% der Befragten die Regierung in der Verantwortung dafür, Lösungen für alle aktuellen Herausforderungen zu finden, doch gleichzeitig ist die große Mehrheit enttäuscht von der Politik. 73% stimmten zu, dass die Parteien keine Ahnung hätten von dem, was sie tun. Ebenso viele macht es »sehr wütend«, wie in Deutschland politisch gehandelt werde, und für 72% der Befragten macht sich die Politik keine großartigen Gedanken, was in den nächsten Jahren passiert.

»Vertrauen in die deutsche Regierung oder deren Politik« haben laut der Studie nur 34% – zwei von drei Deutschen dagegen stimmen der Aussage »eher nicht« oder »gar nicht« zu. Auch gab mit 49% nur jeder Zweite an, auf das demokratische System in Deutschland mit Wahlrecht und zuverlässigem Rechtssystem zu vertrauen. Der Auftraggeber der Rheingold-Studie, der Vorsitzende der Düsseldorfer Identity Foundation, Paul J. Kohtes, bemerkte zum Studienergebnis laut der *Welt*: »Das kann kein gesundes gesellschaftliches System sein.«

Trotz aller Herausforderungen ist der Großteil der Deutschen von der Demokratie als System überzeugt: So gaben 83% an, dass die Demokratie die aktuellen Probleme noch am besten lösen könne, 17% verneinten die Aussage. Immerhin fast jeder Siebte (15%) könnte sich einen politischen Systemwechsel wie in die Anarchie oder eine Diktatur vorstellen – während 85% das nicht können.

Sozialer Klimawandel treibt viele in eigene Welt zurück

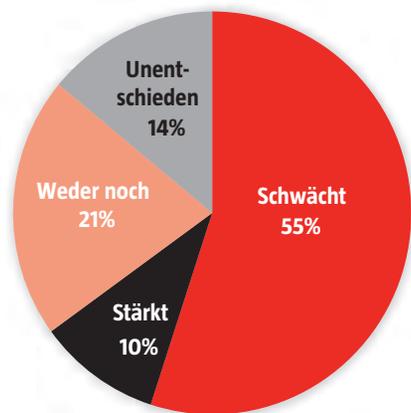
Die Deutschen fürchten einen sozialen Klimawandel – sogar stärker als den globalen Klimawandel. Als Reaktion auf die gesellschaftliche Eiszeit ziehen sie sich stärker ins Private zurück. Viele fühlen sich hilflos und hoffen auf erlösende Technologien oder auf gewisse Parteien, die das Land von »Sündenböcken« befreien sollen. Inflation, Angst vor Altersarmut und dem Klimawandel sind aktuell die größten Sorgenfelder, gefolgt von bezahlbarem Wohnraum und der Energiekrise. Dennoch sehen immer noch mehr als die Hälfte (57%) den Klimawandel nicht unter den Top 5 der drängendsten Krisen. »Viele sind zudem überzeugt, der vollen Wucht der Klimakrise doch noch entkommen zu können. Nach dem Motto: »Nach mir die Sintflut«, kommentieren die Autoren der Rheingold-Untersuchung.

Eine große Mehrheit von 84% nimmt als »sozialen Klimawandel« eine zunehmende Aggressivität in der Gesellschaft wahr. Mit 79% sagen fast genauso viele, die Mitmenschlichkeit gehe verloren. Das Gefühl der gesellschaftlichen Spaltung durch politische Radikalisierung von links und rechts wachse weiter. Dennoch gehört ein »Rechtsruck« in Deutschland oder Europa für 78% der Befragten nicht in die Top 5 der dringlichsten Probleme. Auch die gefühlte gesellschaftliche Spaltung gehört für 73% nicht zu den fünf drängendsten Problemen.

69% der in der Studie Befragten bezweifeln, dass sich das Miteinander in Deutschland in den kommenden Jahren positiv entwickeln wird. Weitere 68% bezweifeln, dass sich für die meisten Probleme der Welt Lösungen finden lassen. Trotz dieser allgemeinen Krisenstimmung sind zwei Drittel (66%) der Befragten zuversichtlich, dass sich ihr eigenes Leben mit Familie, Beruf, Freunden, Wohnen in den nächsten Jahren positiv entwickeln wird. So gaben 40% an, sich von der Außenwelt zurückzuziehen und ihr Glück im Privaten zu suchen – wie der Familie oder den eigenen vier Wänden. Daraus folgte der Psychologe und Rheingold-Chef Stephan Grünewald: »Den Deutschen gelingt die Maximierung ihrer Zuversicht durch die Minimierung ihres Gesichtskreises.«

Die Verengung der persönlichen Sicht manifestiert sich vor allem in einer weitgehenden Verdrängung der globalen Krisen. Der Krieg in der Ukraine, der Klimawandel oder die Migrationskrise werden von den meisten Menschen in ihrem Alltag ausgeblendet. Für 57% gehört zum Beispiel die Klimakrise nicht zu den fünf wichtigsten Krisen, 44% sind der Meinung, die Politik tue genug oder sogar zu viel für das Klima. Lediglich die für den persönlichen Alltag relevanten Themen wie Inflation, die Energiekrise oder die zunehmende Entzweiung der Gesellschaft kommen noch in die Wahrnehmung. Die Bereitschaft

Abb. 3: Sorge um den Standort Deutschland



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

vieler Bürger*innen, sich über die Nachrichtenlage zu informieren, lässt nach.

So wird immerhin eine hohe private Zuversicht möglich, die allerdings von einem diffusen Grundgefühl der Bedrohung und Endzeitstimmung begleitet ist. Die Bürger*innen der Berliner Republik befinden sich psychologisch betrachtet nicht in einer (visionären) Zeitenwende, sondern in einer gedehnten wirkenden Nachspielzeit. Sie hoffen, dass die Verhältnisse, die sie kennen und schätzen, wenigstens noch eine gewisse Zeit fortbestehen. Eine aktivierende, von Ideen getragene Aufbruchsstimmung bleibt weitgehend aus.

Der Fokus wird auf die Stabilisierung der eigenen Lebenswelt gerichtet. Die drängendsten Ängste haben die Menschen daher vor einem persönlichen Autonomieverlust. Die am Beginn der Coronakrise und des Ukrainekrieges erlebten Ohnmachtsgefühle sollen sich nicht wiederholen. Die Angst vor dem sozialen Klimawandel und einer Spaltung der Gesellschaft ist bei vielen sehr groß. 84% machen zudem die Erfahrung zunehmender Aggressivität in ihrem Umfeld.

Groß ist auch die Angst vor einem Systemverlust. Der einst so stolze Blick auf Deutschland weicht düsteren Zukunftsvisionen. Zwei Drittel fürchten, »dass wir unseren Lebensstandard nach unten werden korrigieren müssen«. Nur ein Drittel vertraut auf die Kraft, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande wieder zu verbessern. Und weniger als jeder Fünfte kann sich vorstellen, dass sich das Gemeinschaftsgefühl in Deutschland und Europa künftig positiv entfalten wird.

Vom Vertrauensverlust zur Zukunftsangst

Große Teile der Bevölkerung haben im Resultat der Reformprozesse auch laut der Allensbach-Untersuchung mehr als zuvor den Eindruck, dass die Ampel-Regierung direkt in ihr Leben eingreift. Sowohl zwischen 2005 und 2009 als auch bei der letzten schwarz-gelben Koalition sahen 60% und mehr weder positive noch negative Auswirkungen der Regierungspolitik auf ihr persönliches Leben. Aktuell ziehen nur 45% diese Bilanz, während 6% überzeugt sind, dass sie von der Regierungspolitik profitieren, und 35% für sich unmittelbare Nachteile befürchten.

Von der Klimapolitik befürchtet sogar jeder Zweite für sich negative Auswirkungen. Jeder Dritte attestiert der Regierung zwar Fortschritte. Gleichzeitig glauben aber nur 14%, dass der Klimawandel beherrschbar ist. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Sorgen der Bevölkerung über die Klimaveränderungen tendenziell zurückgehen. In den vergangenen Jahren waren zwischen 42% und gut 50% über diese Entwicklungen sehr besorgt, aktuell sind es 36%.

Angesichts dieser verschiedenen Untersuchungen wird die negative Bewertung der Reformpolitik zur Halbzeit-Bilanz verständlich. Das Vertrauen in das Agieren der Politik ist gravierend geschwächt. Und es ist nicht zu übersehen, dass diese Bewertungen sich auf die gesellschaftlichen Institutionen übertragen haben. In der Allensbach-Studie lässt sich in dieser düsteren Bewertung noch ein weiteres zentrales Politikfeld ausmachen: »Geradezu erdrutschartig ist das Vertrauen in Deutschland als Wirtschaftsstandort eingebrochen.« (Siehe Abb. 3) Die Mehrheit der Bevölkerung schätzt die Politik der Regierung auch weitgehend skeptisch in dem Punkt ein, eine Änderung auf den Weg zu bringen. 55% haben den Eindruck, dass die Politik die wirtschaftliche Grundlage des Wohlstands weiter schwächt.

Ein Regierungswechsel ist für die Mehrheit der Wähler*innen kein Hoffnungsszenario. Nur 25% sind überzeugt, dass eine andere Regierung die Herausforderungen besser bewältigen würde. Für die Bevölkerung verschlimmert dieser Eindruck allerdings die sorgenbelastete Situation. Ein politischer Ausweg durch einen Umbau oder Wechsel in der Zusammensetzung der Regierung ist offenkundig keine Perspektive. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach riskiert daher in der Gesamtbewertung die These: »Die Bevölkerung hat nicht nur das Vertrauen verloren, dass die Koalition zu neuer Geschlossenheit findet, die richtigen Prioritäten setzt und die Kraft hat, die notwendigen Veränderungen umzusetzen – sie hat auch das Vertrauen in das Land verloren, glaubt im Moment nicht, dass Deutschland die Kraft und den Willen hat, seine starke Position zu verteidigen. Es hängt viel davon ab, dass dieses Vertrauen wieder gestärkt wird.«¹⁵

Vertrauensverlust und reale ökonomische Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft durchläuft aktuell eine Schwächephase. Zuletzt fielen die Analysen und Prognosen über die angespannte Lage in Deutschland durchaus skeptisch aus. Häufig werden dabei kurzfristige Konjunkturprognosen zum Anlass genommen, um die Zukunft der deutschen Wirtschaft in düsteren Farben darzustellen. Laut Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der OECD für die Weltwirtschaft erholt sich diese, wenn auch langsam. Deutschland trauen die Organisationen erst einmal kein Wachstum zu. Der IWF sagt für Deutschland für dieses Jahr eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung

¹³ Rheingold Institut, Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, Köln, Juli 2023.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ WSI Pressedienst 14.9.2023, Fast die Hälfte der Erwerbspersonen macht sich große Sorgen um sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

um 0,3% voraus, während sich der Rest der westlichen Welt langsam von dem Krisencocktail aus Pandemie, Krieg und Inflation erholen und zumindest moderat wachsen soll.

Auch nach Einschätzung der OECD erholt sich die Weltwirtschaft wieder. Die Talsohle schein durchschritten, denn Energiepreise und Gesamtinflation sanken, Lieferengpässe ließen nach und die Finanzlage der privaten Haushalte sei relativ solide. In ihrem neuen Konjunkturausblick rechnet die OECD 2023 mit einem globalen Wachstum von 2,7%, das sich 2024 leicht auf 2,9% beschleunigen dürfte. Damit werde das Wachstum immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der zehn Jahre vor der Corona-Pandemie liegen. Die Aussichten für die Berliner Republik fallen allerdings deutlich negativer aus. Erneut macht in den Medien die Schlagzeile vom Schlussschritt Deutschland oder dem kranken Land Europas die Runde. Die pessimistische Einschätzung der Bevölkerungsmehrheit in Deutschland scheint bestätigt.

Macht man sich klar, dass die Bundesrepublik nicht nur die Pandemie, sondern innerhalb von nur wenigen Monaten eine massive Abhängigkeit von russischem Gas und eine Energiekrise gemeistert hat, könnte der Aufholeffekt im Jahr danach stärker als in anderen europäischen Ländern ausfallen, sodass die deutsche Wirtschaft 2024 stärker wachsen soll als z.B. die spanische, italienische, britische oder auch die amerikanische. Allerdings liefert das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in seiner Mittelfristprognose für die Zeit bis 2028 eine belastbarere Basis.¹⁶ Die Produktionsmöglichkeiten der heimischen Wirtschaft könnten in den nächsten Jahren spürbar sinken und im Mittel dann nur noch Steigerungsraten von jährlich 0,4% zulassen. Das wäre weniger als ein Drittel des langjährigen Durchschnitts von 1,3%. Der Fünf-Jahresausblick der Kieler Forscher ist mit »Wachstum im Sinkflug, Expansionspielräume nicht allzu hoch« überschrieben.

Die IfW-Ergebnisse sind alles andere als erbaulich. In den kommenden Jahren soll das potenzielle Wachstum der deutschen Wirtschaft immer weiter abnehmen und bis ins Jahr 2028 auf nur noch 0,4% sinken. Grund »für die mageren Wachstumsaussichten im laufenden Jahrzehnt ist eine alternde Gesellschaft«. In den Jahren 2023 und 2024 soll die Zahl der Menschen, die über den Arbeitsmarkt für die gesellschaftlichen Wertschöpfung zur Verfügung stehen, bei 47,1 Mio. Erwerbspersonen stagnieren. Für die Jahre ab 2025 prognostiziert das IfW gar einen Rückgang der arbeitenden Bevölkerung um rund 200.000 Erwerbspersonen pro Jahr. Zudem habe die »Partizipationsquote am Arbeitsmarkt« ihren Zenit überschritten.¹⁷

Doch das IfW sieht Veränderungspotenziale. »Der Wettbewerb um die Talente der Welt wird damit härter – umso wichtiger wird eine wachstumsstärkende Politik, die den Standort für qualifizierte Zuwanderung und Investitionen attraktiver macht.« Ganz wesentlich seien hier auch eine funktionierende Infrastruktur (z.B. deutlich verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder) und ein attraktives Wohnungsangebot in Städten, weil dort die produktivsten Unternehmen angesiedelt sind. »Ohne neue Wachstumsimpulse droht Deutschland eine Phase zunehmender Verteilungskonflikte«, sagte der IfW-Wirtschaftsforscher Stefan Kooths voraus. »Denn weniger Wachstum engt immer auch die Verteilungsspielräume ein, und die Zahl der Menschen steigt, die im Alter Ansprüche auf Sozialleistungen haben.«

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hält Warnungen vor einem Abstieg Deutschlands ungeachtet der aktuellen Konjunkturschwäche für übertrieben. »Nein, Deutschland ist nicht der kranke Mann Europas«, sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher. »Er könnte es werden, wenn jetzt wichtige Reformen nicht gemacht werden.« Mit einem klugen Transformationsprogramm ließen sich sowohl Angebot als auch Nachfrage stärken – etwa indem die Politik Bürokratie und Regulierung abbaue, in Infrastruktur, Bildung und Forschung investiere und auf sozialen Ausgleich achte. Die Stimmung sei derzeit deutlich schlechter als die Realität. Politik und Unternehmen müssten aufpassen, »dass sich wirtschaftliche Sorgen und Ängste nicht weiter hochschaukeln und zu einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale führen.«

Da der Faktor Arbeit über die gesellschaftliche Wertschöpfung und damit über die zukünftige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland bestimmen wird, muss Arbeit hierzulande so attraktiv wie möglich gestaltet werden – um derzeit in Deutschland lebende Arbeitslose in Arbeit zu bringen und um ausländische Fachkräfte anzuziehen. Schließlich steht Deutschland mit seiner demografischen Entwicklung nicht allein, in dem Großteil der Länder des demokratischen Kapitalismus stellen sich ähnliche Probleme. Die düsteren Zukunftsperspektiven könnten aufgelöst werden, wenn sich die politischen Akteure auf die Strukturprobleme der Wertschöpfung und deren ökologische wie digitale Transformation konzentrierten. Die Bevölkerung muss allerdings durch Kommunikation und Transparenz mitgenommen werden.

Der Bundeswirtschaftsminister Habeck kennt die Spekulationen über die düstere Zukunft Deutschlands und sieht immense ökonomische und politische Herausforderungen, da die Globalisierung, wie wir sie in den letzten drei Jahrzehnten kannten, unter Druck geraten ist, weshalb er davon ausgeht, dass sie zu Ende gegangen sei. Eine neue Zeit der Geopolitik sei angebrochen, die in den westlichen Gesellschaften zum Anwachsen des Rechtspopulismus geführt habe.¹⁸ »Das Versprechen, dass es jeder mit harter Arbeit allein schaffen kann, gilt nicht mehr.« Der Wirtschaftsminister glaubt nicht, dass dies ein spezifisch deutsches Problem sei, sondern sieht einen globalen Trend aufziehen.

Nicht nur wegen dieses inneren Drucks, sondern auch wegen der internationalen Krisen ist Habeck überzeugt, dass eine Zeitenwende bevorsteht. »Die neue Welt ist eine, in der wirtschaftliche Fragen die Politik nicht allein leiten können.« Trotz allen Herausforderungen bleibt er vorsichtig optimistisch: »Ich bin immer noch idealistisch und denke, dass Politiker große Probleme lösen können.« Deutschland bleibe die größte europäische Wirtschaftsmacht, habe einen attraktiven Sozialstaat und sei Teil des europäischen Binnenmarkts. »Wir brauchen keine Angst zu haben.«

¹⁶ Institut für Weltwirtschaft, Mittelfristprojektion im Herbst 2023: Wachstum im Sinkflug, Expansionspielräume nicht allzu hoch, Kieler Konjunkturberichte, Nr. 108.

¹⁷ Diese Quote beschreibt, wie viele Bürger*innen tatsächlich arbeiten. In den vergangenen Jahren ist sie vor allem durch eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen stark gewachsen.

¹⁸ »Diese Globalisierung ist zu Ende gegangen«: Robert Habeck stimmt Deutschland auf ein neues Wirtschaftsmodell ein, NZZ Bericht vom Transatlantic Forum on Geoeconomics in Berlin, 22.9.2023.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

